Machtkampf in Russland. Opposition am Scheideweg

Von **Dr. Thomas Kunze** unter Mitarbeit von Henri Bohnet
Leiter der Außenstelle Moskau und Landesbeauftragter
der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Russische Föderation

Im Dezember 2007 wird in der Russischen Föderation ein neues Parlament und im März 2008 ein neuer Präsident gewählt werden. Innerhalb des Kremls sind die Machkämpfe bereits im vollen Gange. Dabei geht es weniger um die Parlamentswahlen, deren Ausgang absehbar ist. Das Ergebnis der Regionalwahlen in 14 Gliedstaaten der Russischen Föderation im März 2006 lässt folgende Prognose zu: Russland wird voraussichtlich eine Vier-Parteien-Duma erhalten, in der die Parteien „Einiges Russland“, „Gerechtes Russland“, die Kommunistische Partei und die Liberal-Demokratische Partei vertreten sein werden. Die Oppositionspartei „Union Rechter Kräfte“ (SPS) hat eine geringe Chance, den Einzug ins Parlament zu schaffen.

Vor allem vom Ausgang der Präsidentschaftswahl wird abhängig sein, ob und wie die milliardenschweren Posten der teilweise rückverstaatlichten russischen Großkonzerne neu besetzt werden. Sie bilden neben dem Kreml das zweite Machtzentrum Russlands. Die russischen Wirtschaftskapitäne scheinen Angst vor einem Wechsel zu haben. Auch wenn Putins Popularität in Russland dazu ausreicht, beinahe jeden von ihm nominierten Kandidaten zum Präsidenten werden zu lassen, ist es zweifelhaft, ob sich der Nachfolger dann an Absprachen halten wird. Als Boris Jelzin sich 2000 entschied, die Amtsgeschäfte an Wladimir Putin zu übergeben, wähnte sich der scheidende Präsident sicher, dass seine Vertrauten in Schlüsselpositionen blieben. Putin

weiß – er hat es an Jelzins Vertrauten selbst vollzogen - wie schnell einstige Günstlinge aus solchen Schlüsselpositionen abgeschoben werden können.

Nach wie vor besteht daher die Möglichkeit, dass Präsident Wladimir Putin für eine dritte Amtsperiode antreten wird und die ihn unterstützenden Parteien eine entsprechende Verfassungsänderung auf den Weg bringen. Technisch und organisatorisch wäre das bis November 2007 möglich. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Gennadi Sjuganow, sieht Wladimir Putin als nächsten Präsidenten: "In der Duma“, so Sjuganow, hat das "Einige Russland" mehr als 300 Stimmen und kann somit jeden Tag jeden Paragraphen (der Verfassung) ändern... Das ist meine Vermutung, ich schließe eine solche Entwicklung der Ereignisse nicht aus"[1]. Ein entsprechender Antrag könnte auch mit den Stimmen der Abgeordneten der Partei „Gerechtes Russland“ rechnen. Parteichef Sergej Mironow, der gleichzeitig Präsident des Föderationsrates ist, schlug im Ende März 2007 nicht nur die Verfassungsänderung im Hinblick auf eine dritte Amtszeit, sondern sogar die Verlängerung der Amtszeit der russischen Präsidenten von vier auf sieben Jahre vor.

Putin wirkt derzeit nicht wie ein Präsident „auf Abruf“. Am 26. April 2006 kündigte er in seiner jährlichen Rede vor der Gesetzgebenden Versammlung und dem Föderationsrat selbstbewusst ein Moratorium Russlands hinsichtlich des Vertrages über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) an. Obwohl es die letzte Rede seiner Präsidentschaft vor beiden Häusern der Staatsduma war, vermied es Wladimir Putin jedoch, eine Bilanz seiner Amtszeit zu ziehen.

Sollte es bei der Aussage von Wladimir Putin bleiben, wonach er weder eine Verfassungsänderung noch eine dritte Amtszeit anstrebt, sind die aussichtsreichsten Kandidaten für das Präsidentenamt nach wie vor der ehemalige Verteidigungsminister Sergej Iwanow und der ehemalige Kreml-Stabschef Dimitrij Medwedjew. Wladimir Putin hat in Bezug auf beide

[1] www.aktuell.ru (02. April 2007)

potentiellen Kandidaten Chancengleichheit hergestellt. Sowohl Iwanow als auch Medwedjew wurden in den Rang eines Ersten Stellvertretenden Premierministers befördert. Das Staatsfernsehen widmete ihnen bis vor kurzem zeitlich beinahe täglich den gleichen Raum in der Berichterstattung. In den letzten Wochen hat sich das allerdings zu Gunsten von Iwanow verlagert. Der mögliche Präsidentschaftskandidat äußert sich nun zunehmend auch zu außenpolitischen Themen und hat seine Umfragewerte deutlich verbessern können. Möglicherweise hat sich Putin für den Fall, dass er selbst nicht noch einmal antritt, bereits für Sergej Iwanow entschieden.

Der jeweilige Kandidat des Kremls wird voraussichtlich gegen Sjuganow (Kommunistische Partei) und Schirinowskij (Liberaldemokratische Partei) bestehen müssen, deren Kandidaturen wahrscheinlich sind.

Die außerparlamentarische Opposition Russlands ist nach wie vor zersplittert. Sie besteht aus den zwei ehemaligen Duma-Parteien „Union Rechter Kräfte“ (Vorsitzender: Nikita Belych), der liberalen Partei „Jabloko“ (Vorsitzender: Grigorij Jawlinskij) und der Bewegung „Anderes Russland“, die sich um den einstigen Schachweltmeister Gari Kasparow gruppiert hat. Der einst anvisierte Zusammenschluss der „Union Rechter Kräfte“ mit „Jabloko“ ist ad acta gelegt worden. Er scheiterte weniger an den Programmen als an den handelnden Akteuren. Eine Zusammenarbeit des „Anderen Russlands“ mit „Jabloko“ und der „Union Rechter Kräfte“ ist gleichfalls nicht in Aussicht.

Somit steht die außerparlamentarische Opposition in Russland am Scheideweg. Zu den Parlamentswahlen kann Kasparows „Anderes Russland“ nicht antreten, da es sich als Bewegung, aber nicht als Partei definiert. Falls einer oppositionellen Kraft der Einzug ins Parlament gelingt, könnte das die „Union Rechter Kräfte“ sein, die durch die Ergebnisse der letzten Regionalwahlen (in St. Petersburg erreichte sie 5,17 Prozent der Stimmen, allerdings war dort „Jabloko“ nicht zur Wahl zugelassen worden) nach eigenen Angaben hoffnungsvoll gestimmt ist.

Aus der Bewegung „Anderes Russland“ wird hingegen ein Präsidentschaftskandidat für 2008 hervorgehen. Das dürften entweder Gari Kasparow oder Michail Kasjanow, der ehemaliger Premierminister Jelzins, sein. Außerdem zählen Andrej Illarionow (ehemaliger Wirtschaftsberater Putins), Eduard Limonow (Vorsitzender der verbotenen Nationalbolschewistischen Partei), Wladimir Ryschkow (unabhängiger Duma-Abgeordneter, Vorsitzender der nicht zugelassenen „Republikanischen Partei“), Sergej Udalzow („Rote Jugendavantgarde“), Ludmilla Alexejewa (Bürgerrechtlerin, Moskauer Helsinki-Gruppe) und Irina Khakamada (ehemalige Präsidentschaftskandidatin, Vorsitzende des Zentrums für Bürgerinitiativen) zu den Gesichtern der neuen Oppositionsbewegung. In dieser Zusammensetzung besteht auch das Problem. Die Teilnahme Limonows, der 2001 wegen Planung terroristischer Anschläge und des illegalen Waffenbesitzes zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde und dessen extremistische Partei verboten ist, macht das Bündnis politisch angreifbar. Gleiches gilt für die Teilnahme von Udalzows ultralinker „Avantgarde der Roten Jugend“. Khakamada hat gerade mit einem Buch mit dem Titel „Sex in der Politik“ auf sich aufmerksam gemacht. Auch die Ankündigung des im Londoner Exil lebenden Oligarchen Boris Beresowski, in Russland eine „orangene Revolution“ finanzieren zu wollen, fällt dem „Anderen Russland“ auf die Füße und beschädigt integere Personen wie Alexejewa oder Ryschkow.

Gari Kasparow wird die Opposition in Russland nicht zusammenführen können. Die beiden etablierten Oppositionsparteien „Jabloko“ und „Union Rechter Kräfte“ (SPS) ignorierten bereits seine Einladung zum sogenannten Alternativgipfel zum G-8-Treffen im Juli 2006. Nikita Belych begründete das Fernbleiben seiner Partei an den Protestaktionen damit, dass die SPS „keine gemeinsame Sache mit Linken und Extremisten“[2] macht. Auch am „Marsch der Unzufriedenen“, der Mitte April 2007 von russischen Sicherheitskräften unverhältnismäßig brutal aufgelöst wurde, nahmen weder die „Union Rechter

[2] Beide Zitate bei Radio Free Europe: rferl.org, 8.7.06.

Kräfte“ noch „Jabloko“ teil. Kasparow scheint das nicht zu stören. Für ihn dienen die „sogenannten demokratischen Kräfte wie SPS oder Jabloko [...] einem Geheimdienst-Regime. Sie lassen sich mit jenen ein, an deren Händen Blut klebt.“ Beide, so Kasparow, arbeiteten für den Kreml.[3]

Im Juli 2007 will das „Andere Russland“ demokratisch einen Präsidentschaftskandidaten bestimmen. Kasparow jedoch verspielt derzeit die Chance, einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition aufzustellen. Durch die Einbeziehung ultra-linker Extremisten und seine Haltung zur „Union Rechter Kräfte“ und „Jabloko“ geht außerdem die Aussicht auf die Etablierung einer gemeinsamen liberalen Gegenkraft zu autoritären Entwicklungen in Russland verloren.

Gari Kasparow oder Michail Kasjanow werden bei einer Kandidatur kaum mehr als einen Achtungserfolg erzielen können. Kasparow gilt als politischer Hasardeur. Hinzu kommt, dass seine Familie in den USA lebt; bei der national-patriotischen Grundstimmung, die in Putins Russland derzeit herrscht, ist das bereits ein Makel. Kasjanow tritt nur noch leise in Erscheinung. Korruptionsaffären aus der Jelzin-Ära scheinen ihn erpressbar zu machen.

Als möglicher oppositioneller Außenseiterkandidat, der weder der „Union Rechter Kräfte“, noch „Jabloko“ oder dem „Anderen Russland“ angehört, könnte Dimitrij Rogozin noch in Erscheinung treten, der zu den charismatischsten Politikern Russlands zählt. Der ehemalige Vorsitzende der Partei „Rodina“ („Heimat“) will zunächst mit einer neu gegründeten Bewegung, dem „Kongress russischer Gemeinden“, an den Duma-Wahlen teilnehmen. „Rodina“ wurde im Herbst 2006 mit der Partein „Shisn’“ („Leben“) zur „Partei Gerechtes Russland“ verschmolzen. Kurz zuvor hatte Rogozin auf Betreiben des Kreml den Vorsitz bei „Rodina“ verloren. Offiziell musste er wegen nationalistischer Äußerungen zurücktreten, wahrscheinlich aber zog Putin wegen Rogozins zunehmender Popularität in der Bevölkerung

[3] Moskauer Deutsche Zeitung vom 16.3.07.

die Notbremse. Derzeit bleibt er, obwohl er das regierende System als „Russland der Abramowitsche“, also der reichen Oligarchen um Putin, brandmarkt, vom Kreml weitestgehend unbehelligt.

Die Überreaktion der russischen Sicherheitskräfte auf die nicht genehmigte Demonstration der Kasparow-Anhänger im April 2007 zeigt, dass der Kreml entschlossen ist, die Fäden in jedem Fall in der Hand zu behalten. Deshalb ist auch Rogozins Zukunft nicht gesichert. Fest steht, dass sich der Kreml nicht vor einer „orangenen Revolution“ fürchten muss. Dafür gibt es keinen Boden. Putin, dessen „nationale Projekte“ im Sozialbereich eine begrenzte Umverteilung des Reichtums nach unten brachten, ist ungebrochen populär, und das russische Wirtschaftswunder dürfte mindestens noch so lange anhalten, wie die Öl- und Gaspreise nicht katastrophal nachgeben.

Weit gefährlicher wäre eine geeinigt auftretende Opposition.

Moskau, 30. April 2007